

Infobrief Oktober 2014 Nr. 1

Evangelische Kirche dringt auf UN-Mandat gegen IS

Auch katholische Bischöfe halten Militäreinsätze für vertretbar Hannover/Düsseldorf

(epd). Die evangelische Kirche dringt auf ein größeres internationales Engagement gegen die Miliz »Islamischer Staat« (IS). Ein UN-Mandat gegen den IS habe höchste Priorität, heißt es einer am Mittwoch in Hannover veröffentlichten Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). »Militärische Mittel erscheinen in der gegenwärtigen Lage als letzte verbliebene Möglichkeit, um wirksame und schnelle Hilfe zu bringen.« CDU-Vize Armin Laschet hält auch die US-Luftangriffe gegen IS-Kämpfer für unterstützenswert, obwohl dies auch Syriens Machthaber Baschar al-Assad nutze. Die USA hatten am 23. September unterstützt von arabischen Verbündeten erstmals Stellungen der Islamisten in Syrien bombardiert. In einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates streben die USA eine Resolution an, um den Vormarsch der IS-Terrormilizen zu stoppen. **Militärische Gewalt nur als »letzter Ausweg«** Die EKD mahnte, es müsse »deutlich sein, dass es nicht um die Macht und die Interessen einer Großmacht, sondern um den Schutz der Menschen und um den Aufbau einer Friedensordnung geht«. Militärische Gewalt zur Abwendung von Völkermord und Vertreibung sei als »letzter Ausweg« legitim. Durch ein UN-Mandat würde ein militärisches Eingreifen an Legitimität gewinnen. Ergänzt werden müsse dies durch ein umfassendes Schutzkonzept für bedrohte Bevölkerungsgruppen und den Aufbau funktionsfähiger gesellschaftlicher Strukturen, hieß es. »Nur stabile staatliche Institutionen, die durch umfassende Teilhabe der unterschiedlichen Volksgruppen und religiösen Gemeinschaften legitimiert sind, werden dauerhaft in der Lage sein, Freiheit, Versorgung, Sicherheit der Bevölkerung und kulturelle Vielfalt zu sichern.« Der Rat verweist auch auf Risiken eines militärischen Einsatzes für Frieden in der Region und dringt deshalb auf einen »polizeilichen Charakter« militärischen Eingreifens. Der UN-Sicherheitsrat solle die irakische Regierung dabei unterstützen, die Schutzverantwortung für die eigene Bevölkerung wahrzunehmen. Die Einrichtung von Schutzzonen müsse von einer breiten Koalition gesichert werden. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Positionen in der evangelischen Kirche zu deutschen Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga erinnerte der Rat der EKD an die Verpflichtung, künftig den kommerziellen Waffenhandel auszutrocknen: »Die Genehmigung von Waffenexporten in zahlreiche Länder, die Menschenrechte verletzen, hat dazu beigetragen, dass die Region voll von Waffen in den falschen Händen ist.« Die EKD wirbt zugleich für wirksame Flüchtlingshilfe. Nötig sei ein Aufnahmekontingent für Angehörige religiöser Minderheiten, alleinstehende Frauen und medizinische Notfälle. Auch die katholische Kirche befürwortet ein militärisches Vorgehen gegen den IS im Irak und in Syrien. »Der begrenzte Einsatz von Gewalt erscheint uns in diesem Falle vertretbar und auch geboten, solange eine andere plausible Strategie nicht erkennbar ist«, sagte der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick bei der Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz am Dienstag in Fulda: »Der Angreifer muss aufgehalten werden.« Der nordrhein-westfälische CDU-Chef Laschet sagte dem Berliner »Tagesspiegel« (Mittwochsausgabe): »Wenn die Vereinigten Staaten einen Kurswechsel einleiten und IS-Terroristen in Syrien bekämpfen, sollten wir sie dabei mit unseren Mitteln unterstützen.« Laschet räumte ein, dass die US-Luftschläge in Syrien dem dortigen Machthaber Assad im Bürgerkrieg gegen Rebellengruppen nützen. Dennoch befürworte er die Angriffe: »Jede Unterstützung im Kampf gegen die brutalen Brigaden des IS wird gebraucht und ist willkommen.« Der totalitäre Dschihadismus und der »Islamische Staat« seien die derzeit größte Bedrohung für Frieden und Freiheit in der Welt. www.ekd.de

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 40_2014 Seite _2

Irak-Konflikt: Präses Kurschus fordert politisches Konzept



Bielefeld (epd). Die westfälische Präses Annette Kurschus hält ein militärisches Eingreifen gegen die Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) im Irak auch ohne UN-Mandat für vertretbar, um die bedrohten Bevölkerungsgruppen zu schützen. Die »völkerrechtlich eindeutig bessere Voraussetzung« wäre aber »ein entschlossenes Eingreifen der UNO, eine klare und energische Position ihres Sicherheitsrates«, sagte Kurschus dem Evangelischen Pressedienst (epd) in Bielefeld. Dies sei ein Dilemma, weil täglich »ungezählte Menschen dem Terror zum Opfer fallen«. Für geboten hält Kurschus in jedem Fall mehr humanitäre Hilfe und ein politisches Konzept zum Aufbau staatlicher und zivilgesellschaftlicher Strukturen im Irak.

epd: Auch evangelische und katholische Kirche sind für ein militärisches Vorgehen gegen die Terrormiliz IS, pazifistische Äußerungen gibt es kaum. Ist Gewalt in diesem Fall alternativlos?

Kurschus: Gewalt allein kann die schlimme Situation im Irak nicht zum Guten wenden. Krieg lässt sich nicht auf dieselbe Weise aus der Welt schaffen, wie er hineingekommen ist. Selbst wenn Waffen und militärischer Einsatz als letzter Ausweg legitim sind, um den Terror zu stoppen, darf es nicht dabei bleiben. Verstärkte humanitäre Hilfe ist vonnöten. Hier sind die Möglichkeiten noch lange nicht ausgeschöpft.

epd: Welche Voraussetzungen müssen aus evangelischer Sicht für ein militärisches Eingreifen erfüllt sein?

Kurschus: Die Evangelische Kirche in Deutschland hat in ihrer Friedensdenkschrift von 2007 die Voraussetzungen klar definiert: Wo Verbrechen geschehen wie Völkermord, Massenmord an Minderheiten, Massaker an ethnischen Gruppen, kollektive Folter und Versklavung kann militärisches Eingreifen gerechtfertigt sein. Aber nur, wenn die weiteren Kriterien rechtserhaltender Gewalt erfüllt sind. Das heißt: Die Völkergemeinschaft ist herausgefordert, ein umfassendes politisches Konzept zu entwickeln. Dazu gehören insbesondere nichtmilitärische Maßnahmen mit klar definierten Zielen. Kurzfristig muss es jetzt mit aller Dringlichkeit darum gehen, die bedrohten Bevölkerungsgruppen zu schützen. Mittel- und langfristig helfen funktionsfähige staatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen.

epd: Ist es ethisch vertretbar, die IS-Gegner mit Waffen aufzurüsten, statt mit einem UN-Mandat militärisch einzugreifen?

Kurschus: Diese Frage zwingt uns in ein echtes Dilemma. Seit Wochen und Monaten legen sich uns die Meldungen und Bilder von Krieg und menschlichem Elend auf die Seele. Wir wollen, dass Deutschland Hilfe leistet zum Frieden. Warten wir auf ein UNO-Mandat? In der verstreichenden Zeit werden wohl täglich wieder ungezählte Menschen dem Terror zum Opfer fallen. Doch welche Entscheidung auch getroffen wird: Wir machen uns schuldig. Klar ist aber: Ein entschlossenes Eingreifen der UNO, eine klare und energische Position ihres Sicherheitsrates, wäre die völkerrechtlich eindeutig bessere Voraussetzung.

epd: Was kann Deutschland und was können die Kirchen tun?

Kurschus: Deutschland kann als UNO-Mitglied in der Völkergemeinschaft genau darauf hinwirken. Unsere Politik könnte immer wieder deutlich machen: Es geht um den Schutz der Menschen und um den Aufbau einer Friedensordnung, nicht um machtpolitische Interessen. Kirchliche Werke aus vielen Ländern erbringen große Leistungen. Aus Deutschland ist es die Diakonie-Katastrophenhilfe in Gemeinschaft mit der Caritas und vielen lokalen Partnerorganisationen. In Deutschland setzen wir uns für die Unterstützung von Flüchtlingen ein. Kirchengemeinden öffnen ihre Türen. Ein Kontingent für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge wie Angehörige religiöser Minderheiten, alleinstehende Frauen oder medizinische Notfälle ist dringend geboten. *epd-Gespräch: Ingo Lehnick*

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 40_2014 Seite _3



Margot Käßmann epd-bild / Schoelzel

Reformationsbotschafterin Käßmann hält friedliche Lösung im Irak für möglich

Köln (epd). Die evangelische Theologin Margot Käßmann hat sich für eine gewaltfreie Lösung im Konflikt um die radikale Miliz »Islamischer Staat« im Irak und in Syrien ausgesprochen. »Es muss auch ein Nein zu

Waffenlieferungen möglich sein«, sagte die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) dem »Kölner Stadt-Anzeiger« (27. September). Sie kritisierte, dass diese Antwort heute lächerlich gemacht werde. In einer Lage wie derzeit im Irak und in Syrien würden alle schuldig, »so oder so«, sagte Käßmann. Mit dem Eintreten für Gewaltlosigkeit könne man sich an den Opfern schuldig machen. »Ich nehme aber die Option in Anspruch, schuldig zu werden, indem ich sage: keine Waffen liefern und nach anderen Wegen der Hilfe suchen.« Sie verurteile niemanden, der sich für Waffenexporte oder den Einsatz militärischer Gewalt ausspreche, sagte die Theologin. Diese Position sei aber nicht die einzig richtige. »Vielleicht müssen wir es aushalten, dass wir alle miteinander hilflos und ohnmächtig sind angesichts dieser Gewalt«, sagte die frühere hannoversche Landesbischofin, die heute als EKD-Botschafterin für das 500. Reformationsjubiläum 2017 wirbt. Sie beklagte, dass ein Eintreten für Gewaltlosigkeit heute oft als naiv oder trauntänzerisch abgetan werde. Solche Angriffe dienten nur dazu, sich die »Zumutung vom Leib zu halten«, über alternative Wege nachzudenken. Käßmann hatte zuletzt mit ihrer Äußerung viel Kritik und Spott geerntet, sie fände es gut, wenn die Bundesrepublik wie Costa Rica auf eine Armee verzichten könnte. Sie schränkte ein, ihr sei klar, dass ihre Position im Moment noch eine Utopie sei. Die frühere EKD-Ratsvorsitzende hatte sich in der Vergangenheit immer wieder kritisch zur Rolle der Bundeswehr und zu Auslandseinsätzen geäußert. Mit dem Satz »Nichts ist gut in Afghanistan« in ihrer Neujahrspredigt 2010 hatte sie eine breite Debatte über das Bundeswehr-Engagement in Afghanistan ausgelöst.

IS-Anschlag EKD solidarisiert sich mit armenischen Christen

Hannover (epd). Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) verurteilt die Sprengung einer armenischen Kirche in Syrien. Der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider und die evangelische Auslandsbischofin Petra Bosse-Huber versicherten den armenischen Christen ihre Solidarität, wie die EKD am 25. September in Hannover mitteilte. Vor wenigen Tagen hatten Milizen der Terrorgruppe »Islamischer Staat« (IS) im syrischen Deir ez-Zor die armenische Märtyrerkirche St. Nahatakats zerstört. Die Kirche ist zugleich eine Gedenkstätte für den Völkermord an den Armeniern vor knapp 100 Jahren. »Wir sind gewiss, dass die Zerstörung von Kirchen und Gedenkortern niemals die Erinnerung an das geschehene Unrecht auslöschen kann«, heißt es in dem Solidaritätsschreiben der EKD-Repräsentanten an den Erzbischof der armenischen Diözese Deutschland. Die evangelische Kirche sei mit allen Menschen, die unter den Gewalttaten der IS leiden, »in Solidarität mit den Opfern und in Fürbitte zu Gott« verbunden. Ebenso wie die IS-Gewalt gegen Menschen lehne die EKD auch die Schändung religiöser und historischer Gebäude ab, schreiben Schneider und Bosse-Huber. Zum 100. Jahrestag des Genozids im nächsten Jahr werde die EKD mit den Kirchen der Region in einem gemeinsamen Gebet der 150.000 armenischen Opfer gedenken, kündigte die EKD an. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 40_2014 Seite _4

EKD

Synodenpräses Schwaetzer dringt auf politisches Engagement

Bad Kreuznach (epd). Die evangelische Kirche muss sich nach Aussage der Synodenpräses der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Irmgard Schwaetzer, in die politische Diskussion einbringen. Die Kirche habe die Aufgabe, bei wichtigen gesellschaftlichen Themen wie Friedensethik und bei sozialen Problemen Position zu beziehen, sagte die frühere Bundesministerin am 24. September dem Evangelischen Pressedienst (epd). »In der Tagespolitik hat sie aber nichts zu suchen«, sagte Schwaetzer, die seit November 2013 das Kirchenparlament leitet. Die Kirche müsse Politik und Gesellschaft »den Spiegel der Ethik des Neuen Testaments vorhalten«, sagte die FDP-Politikerin und ehemalige Bundesbauministerin. Als aktive Bundespolitikerin habe sie stets versucht, aus der Bibel Maßstäbe für politische Entscheidungen abzuleiten. In extremen Situationen wie zum Schutz wehrloser Flüchtlinge in Syrien und im Irak vor der Terrororganisation »Islamischer Staat« sei auch militärische Gewalt legitim. Jeder Christ müsse für sich entscheiden, ob er sich politisch einbringen wolle, sagte Schwaetzer. Auch für Pfarrer und andere kirchliche Amtsträger müsse das möglich sein. Im säkularen Staat trage eine gesellschaftlich engagierte Kirche zum inneren Frieden und zum Ausgleich der Religionen bei, argumentierte die Synodenpräses. Ein wichtiges Ergebnis der Reformation sei es, dass Staat und Kirche zwar getrennt, aber in ihren Aufgaben aufeinander bezogen seien, sagte Schwaetzer. Staatliches und kirchliches Handeln ergänzten sich gegenseitig, etwa im diakonischen Bereich. Dies sei besser als ein Zentralstaat, der alle gesellschaftlichen Aufgaben allein bewältigen wolle.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 40_2014 Seite _5

Westfälische Kirche

Erste Konferenz der Friedensbeauftragten

Unna (epd). Die Friedensbeauftragten aus den Kirchenkreisen der Evangelischen Kirche von Westfalen haben sich zu einer Konferenz in Unna getroffen. In Vorträgen und Gesprächen befassten sich die Teilnehmer vor allem mit der Gestaltung der künftigen Friedensarbeit, wie der Kirchenkreis in Unna mitteilte. Es ging um mögliche Strukturen und die Vernetzung von Gemeinden und Kirchenkreisen mit der landeskirchlichen Friedensarbeit am Institut für Kirche und Gesellschaft in Schwerte. Zudem wurde die neue Internetseite www.wie-krieg-ich-frieden.de des Pädagogischen Institutes Villigst vorgestellt, welche über praktische Friedensarbeit informiert, Stellungnahmen zu aktuellen Krisen und Konflikten enthält und Links für Unterrichtsmaterialien auflistet. Friedensarbeit sei wichtiger denn je, erklärte die landeskirchliche Friedensbeauftragte Annette Muhr-Nelson. In Zeiten der neuen Konfrontationen mit Russland und dem Vorrücken der Terrororganisation IS im Nahen Osten rücke das Thema immer mehr in den Vordergrund. Die erste Konferenz der Synodalbeauftragten für Frieden stand unter der Überschrift »Wie krieg ich Frieden?«.

KIRCHEN epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 40_2014 Seite _7

Bundeswehr will 16 bewaffnungsfähige Drohnen bis 2025

Kritik des EKD-Friedensbeauftragten Brahms an Planungen Berlin (epd).

Die Bundeswehr hat offenbar schon konkrete Vorstellungen zur Anschaffung bewaffnungsfähiger Drohnen. Es sei derzeit geplant, bis zum Jahr 2025 insgesamt 16 Systeme zu beschaffen, sagte Brigadegeneral Jörg Lebert. Nach seinen Angaben sollen dann zehn für den Einsatz bereitstehen, sechs als Ersatz vorgehalten werden. Die Systeme sollten jeweils so beschaffen sein, dass die unbemannten Flugzeuge bewaffnet und unbewaffnet in den Einsatz geschickt werden können. Deutschland setzt in Konfliktgebieten wie beispielsweise in Afghanistan bereits unbewaffnete Drohnen zur Aufklärung ein. Seit längerem gibt es die Diskussion, auch bewaffnete Drohnen anzuschaffen. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte sich im Juli grundsätzlich für die Anschaffung von Kampfdrohnen ausgesprochen. Lebert äußerte sich am 25. September bei einer Veranstaltung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Der Luftwaffengeneral unterstrich, dabei gehe es nicht um autonome Systeme, die völlig unabhängig ohne menschliches Handeln agieren. »Es geht um Menschenleben. Das ist ein hohes Gut. Das kann man nicht Maschinen überlassen«, sagte er. Kampfdrohnen mit der letzten Entscheidungsinstanz beim Soldaten rechtfertigte er mit dem Verweis, Soldaten in Einsätzen damit aus der Luft besser schützen zu können. Das Verteidigungsministerium bestätigte die Angaben Leberts. Dies decke sich grundsätzlich mit Plänen des Ministeriums, sagte ein Sprecher dem Evangelischen Pressedienst (epd). Von der Leyen hatte sich im Juli dafür ausgesprochen, ein Drohnensystem für Europa zu entwickeln. Nach Leberts Angaben gibt es bislang keine Drohnen, die sowohl bewaffnet als auch unbewaffnet fliegen können. Ob der Zeitplan am Ende realistisch ist, kann daher nach Angaben des Ministeriumssprechers nicht genau gesagt werden. Auch über Kosten könne man noch keine Angaben machen. Derweil bleibt der Einsatz ethisch umstritten. Der evangelische Militärbischof Sigurd Rink lehnt Kampfdrohnen nicht grundsätzlich ab. Er sagte aber, der Verzicht auf autonome Systeme sowie auf gezielte Tötungen seien für ihn Bedingungen für den Einsatz solcher Drohnen. Zudem müsse im Zusammenhang mit der Anschaffung bedacht werden, dass Drohnen Kriege nicht grundlegend veränderten. »Der saubere, unblutige Krieg bleibt eine Illusion«, sagte er. Der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahms betonte erneut seine Skepsis gegenüber Drohnen. Die Grenzen, wo der Mensch noch letzte Instanz der Entscheidung ist, seien fließend, sagte Brahms. Er würde der Bundesregierung nicht empfehlen, Drohnen anzuschaffen. Auch der Vorsitzende der rüstungskritischen Wissenschaftlervereinigung »International Committee for Robot Arms Control«, Jürgen Altmann, lehnt die Anschaffung ab. Der Trend zum Automatismus auch im Bereich Rüstung führe zu einem Wettrüsten und einer Destabilisierung, argumentierte er. Zudem befürchte er, dass auf lange Sicht doch autonome System gefordert würden. »Der Schutz der eigenen Soldaten ist zwar ein hohes Gut, der Weltfrieden ist aber vielleicht doch ein höheres«, sagte er. epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 40_2014 Seite _17

Materialien der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Dossier Gerettete Geschichten: Elf jüdische Familien im 20. Jahrhundert

Elf Familiengeschichten zeigen, was Verfolgung, Kriege und Ost-West-Konflikt für Juden in Europa konkret bedeuten konnten. Jede der elf Biographien wird in einem Film erzählt. Interaktive Karten lassen die Größenordnung des Völkermordes und die Flucht- und

Auswanderungsbewegungen vor und nach 1945 nachvollziehen. Texte beleuchten u.a. die Situation im Nachkriegseuropa sowie nach 1990.

<http://www.bpb.de/gerettete-geschichten>

Zahlen und Fakten: Die soziale Situation in Deutschland
Finanzierung

Für welche Bereiche geben die öffentlichen Haushalte am meisten Geld aus? Wie hoch sind die Staatsschulden? Und wie verteilen sich die Steuereinnahmen?

<http://www.bpb.de/61866>

APuZ
Sicherheit in Südostasien

Angesichts wachsender Militäretats in Südostasien wächst auch die Sorge um die Stabilität der Region. Es droht ein Konflikt zwischen den Großmächten USA und China um strategische Einflusszonen.

<http://www.bpb.de/191936>

Schriftenreihe
Dessau 1945

Einem Brennglas gleich zeigt die Geschichte Dessaus im zwanzigsten Jahrhundert die zerstörerische Indienstnahme der Stadt, ihrer Kultur, ihres ökonomischen und räumlichen Potenzials durch die Nationalsozialisten. Fotos des befreiten Kriegsgefangenen und später weltberühmten Fotokünstlers Henri Cartier-Bresson illustrieren das Buch.

<http://www.bpb.de/191584>

Dossier Islamismus
Der Islamische Staat im Irak und Syrien (ISIS)

Kaum eine andere islamistische Gruppe steht derzeit so stark im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit wie die ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien). Woher kommt die militante Gruppe? Welche Rolle spielt sie im Syrien-Krieg? Und wie hängt sie mit al Qaida zusammen?

<http://www.bpb.de/190499>

Aus Politik und Zeitgeschichte
Waffen und Rüstung

Über "Waffen und Rüstung" wird zurzeit vor allem in zwei Kontexten debattiert: der Ausrichtung der deutschen Rüstungsexportpolitik und der technologischen Weiterentwicklung hin zu einer stärkeren Automatisierung der Kriegsführung, beispielsweise durch den Einsatz von Drohnen.

<http://www.bpb.de/190121>

Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 35–37/2014)

Waffen und Rüstung

Über "Waffen und Rüstung" wird zurzeit vor allem in zwei Kontexten debattiert: der Ausrichtung der deutschen Rüstungsexportpolitik und der technologischen Weiterentwicklung hin zu einer stärkeren Automatisierung der Kriegsführung, beispielsweise durch den Einsatz von Drohnen.

Nachhaltigkeit und politische Bildung

Die aktuelle Ausgabe der Wochenschrift "Aus Politik und Zeitgeschichte" widmet sich dem Thema Nachhaltigkeit. Das 47-seitige Heft wird herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

PDF „Nachhaltigkeit“ Zeitschrift: Aus Politik und Zeitgeschichte